

Verbesserung der Beitragsehrlichkeit

Die Mitgliederzahl der CDU ist seit 10 Jahren um über 220 % gestiegen. Nach den Bestimmungen des Parteiengesetzes schreibt das Bundesstatut nunmehr vor, daß die Kassenhoheit ausschließlich beim Kreisverband liegt. Damit ist eine Direkt-Abkassierung der einzelnen Mitglieder unwirtschaftlich (und wird auch praktisch nicht mehr durchgeführt); der Verwaltungs- und Zeitaufwand entspricht einem Mehrfachen von dem bei der bargeldlosen Abwicklung. Als Nachteil hat sich jedoch beim bargeldlosen Beitragseinzug erwiesen, daß eine Stagnation des Beitragsvolumens eintritt. Schriftliche Bitten des Kreisverbandes an seine Mitglieder, im Zuge der jährlichen Einkommenssteigerungen im Sinne der Beitragsehrlichkeit auch die Beitragsleistung zu steigern, finden bei diesen nur in sehr ungenügendem Maße Gehör. Aufgrund der steigenden Kosten haben damit die Kreisverbände einen mit den Jahren sehr verengten finanziellen Spielraum.

Um den ständig wachsenden Aufgaben gerecht werden zu können — und auch um wegen der laufenden Geldentwertung wenigstens gleichbleibende Finanzmittel zur Verfügung zu haben — ist es unumgänglich, daß das Beitragsvolumen der Kreisverbände der sich verändernden Kostensituation angepaßt wird.

Es gibt — neben den Bemühungen um ein vermehrtes Spendenaufkommen — zwei Möglichkeiten, eine Erhöhung des Beitragseingangs zu erreichen:

1. Pauschale Erhöhung des Mitgliedsbeitrags durch Beschuß des Kreisverbands auf einem Kreisparteitag.

Diese Möglichkeit ist — abgesehen davon, ob sie von den Mitgliedern auch nachvollzogen wird — politisch nicht im meist nötigen Umfang durchzusetzen

und verliert, wenn sie regelmäßig in Anspruch genommen wird, sehr schnell an Durchsetzungskraft.

Daher wird man dazu nur in größeren Zeitabständen (mindestens zwei bis drei Jahre) kommen können.

2. Individuelle Ansprache der einzelnen Mitglieder, um so eine Heraufsetzung des jeweiligen Beitrags zu erreichen.

Wir sehen in dieser zweiten Möglichkeit trotz des relativ großen Arbeitsaufwands eine reelle Chance, wenigstens in gewissem Umfang zur Abdeckung der Finanzierungslücken der Kreisverbandsarbeit beizutragen.

Die Bundesgeschäftsstelle hat in einem Modellversuch die praktische Anwendung der unter 2. aufgeführten Möglichkeiten in der Arbeit des Kreisverbands erprobt. Dieser Modellversuch wurde nach der folgenden Konzeption aufgebaut und mit einigen — lokal bedingten — Änderungen durchgeführt:

- Der Kreisvorstand faßt einen Beschuß über die Durchführung und beruft — nach Vorschlag des Ortsverbands — einen oder mehrere sogenannte Betreuer für jeden Ortsverband.
- Diese Betreuer sollten aktive Mitglieder mit genügend Zeit, guter Kontaktfähigkeit und vor allem absoluter Verschwiegenheit sein (z. B. pensionierte Angestellte und Beamte).
- Der Kreisschatzmeister erstellt im Verein mit dem Kreisgeschäftsführer und/oder einem dafür gebildeten Team eine Übersicht über die Beitragsstruktur und fertigt — nach regionalen Gesichtspunkten gegliedert — für jeden Betreuer eine Liste an.
- Der Stadt-/Gemeindevorstand (Ortsvorstand) erstellt in Absprache mit dem Kreisverband eine Liste wichtiger politischer Themen auf kommunaler und regionaler Ebene mit Auswertungsfreiraum.
- Der Betreuer besucht unter Vorlage einer Legitimation des Kreisvorstandes die vorher unterrichteten (telefonisch oder durch Brief des Kreisverbands) Mitglieder.
- Der Betreuer bespricht mit dem Mitglied den Sinn der Aktion und bittet ihn, seine Meinung über die vorgelegte Themenliste zu äußern.
- Bei dem Gespräch legt der Betreuer die finanzielle Situation des Kreisverbands dar, spricht ausführlich über die Tätigkeiten und Vorhaben des Kreisverbands und bittet dabei um eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrags. Er vermerkt

Wünsche des Mitglieds und evtl. Mitarbeitszusagen und leitet diese an die Kreisgeschäftsstelle weiter.

- Als günstig wird sich erweisen, wenn der Betreuer Abbuchungsaufträge des in Frage kommenden Bankinstituts mit sich führt.
- Bei Erfolg des Gesprächs füllt der Betreuer den Abbuchungsauftrag sofort aus, bittet um die Unterschrift und trägt die Erhöhung in die mitgeführte Liste ein.
- Zur Verstärkung des Engagements der Betreuer ist es denkbar, einen Erfolgsbonus in Höhe von einem bis drei Monatsdifferenzbeträgen dem Betreuer auszusetzen.
- Der Betreuer erstattet dem Kreisschatzmeister und dem Kreisgeschäftsführer Bericht über den Verlauf der Aktion (auch über die Reaktion der angesprochenen Mitglieder, Austritte etc.).
- Nach Abschluß der Aktion erstellt der Kreisschatzmeister einen Bericht für den Kreisvorstand und teilt der Bundesgeschäftsstelle die prozentuale Erhöhung des Durchschnittsbeitrages und die allgemeine Reaktion der angesprochenen Parteifreunde mit.

Für die Durchführung des Modellversuchs wurde ein Zeitraum von 9 Monaten veranschlagt: Die Vorbereitung der Aktion (Übersicht über Beitragsstruktur, Aufteilung der Bereiche, Aussuchen und Einarbeiten der Betreuer) beansprucht 3 Monate, die eigentliche Aktion kann in längstens 6 Monaten abgewickelt werden. Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle übernehmen in Seminaren die Schulung der Betreuer in der besonderen Problematik.

Ergebnis:

1. Ein Kreisverband erreichte bei der Aktion eine Erhöhung des **Gesamtmitgliederbeitrags** um 7,6 %, obwohl nur ein kleiner Anteil der Mitglieder (12 %) angesprochen wurde. Innerhalb dieser Gruppe konnte der Beitrag um 88,5 % gesteigert werden.
2. Ein Kreisverband konnte den **Gesamtmitgliederbeitrag** um 10,6 % erhöhen bei einem Anteil von 22,6 % Gesamtmitglieder des Kreisverbands. Innerhalb dieser Gruppe steigerte sich der Beitrag um 49,2 %.

Die Aktion hat gezeigt, daß die weit überwiegende Mehrheit der Mitglieder durchaus für die Belange der Kreisverbandsarbeit Verständnis aufbringt und

bereit ist, bei individueller Ansprache einer Erhöhung ihrer Beiträge zuzustimmen. Als Diskussionsschwerpunkt wurde immer wieder die mangelhafte Kenntnis der Arbeit der Partei und die fehlende Einbeziehung in das Parteileben aufgezeigt. Ein Teil der Mitglieder führte auch an, daß sie wegen der gleichzeitigen Zugehörigkeit zu verschiedenen Vereinen (vorpolitischer Raum!) und der damit verbundenen Beiträge zu einer weiteren Erhöhung nicht in der Lage seien.

Die Bundesgeschäftsstelle erachtet das durch den nunmehr abgeschlossenen Modellversuch erprobte Verfahren für die meisten Kreisverbände als sehr empfehlenswert und steht für Beratungen gerne zur Verfügung.

Interessenten mögen sich wenden an die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Organisation, z. Hd. Herrn Schumacher (Tel. 0 22 21/54 45 25).

Mitgliederentwicklung der großen politischen Parteien der Bundesrepublik seit 1969 (100 %)

— aufgezeigt aufgrund des Standes vom jeweiligen Jahresende —

	CDU	%	SPD	%	CSU	%	FDP	%
1969	303 532	100	778 945	100	107 252	100	58 720	100
1970	329 239	108,47	820 202	105,30	1)		56 498	96,22
1971	355 745	117,20	847 456	108,80	109 785	102,36	53 247	90,68
1972	422 968	139,35	954 394	122,52	106 951	99,72	57 704	98,27
1973	457 393	150,69	973 601	124,99	111 913	104,35	63 144	107,53
1974	530 500	174,78	957 253	122,89	122 794	114,49	70 903	120,75
1975	590 482	194,54	998 471	128,18	132 593	123,63	73 944	125,93
1976	652 010	214,81	1 022 191	131,23	146 433	136,53	79 062	134,64
1977	664 214	218,83	1 006 316	129,19	159 973	149,16	80 000 ²⁾	136,24
1978	675 286	222,48	1 025 000	131,59	165 710	154,51	80 807	137,61
1979	682 781	224,95	998 000 ³⁾	128,12	169 248	157,80	83 000 ³⁾	141,35

1) nicht bekannt

2) geschätzt

3) Stand: Dezember 1979